

# MDRfragt-Ergebnisse | “Wie weiter mit dem Bürgergeld?”

- Jeder Zweite hält aktuellen Bürgergeld-Regelsatzsatz für zu hoch
- → In Sachsen-Anhalt gilt er noch am ehesten als angemessen
- 8 von 10 würden Bürgergeld-Regelungen verschärfen
  - Vor allem die älteren Befragten
- Arbeit statt Bürgergeld: Härtere Sanktionen und eine zeitliche Begrenzung werden am häufigsten gefordert



## Befragungszeitraum:

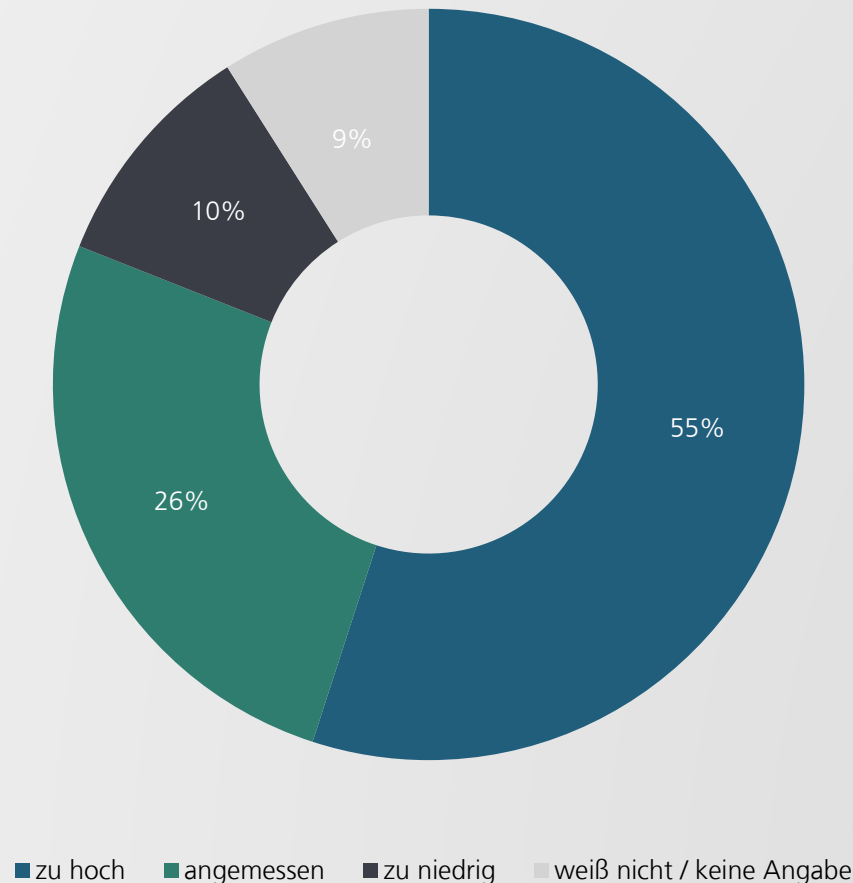
22.-26.11.2024

## Zahl der Teilnehmenden:

24.823 MDRfragt-Mitglieder aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

## Jeder Zweite hält aktuellen Bürgergeld-Regelsatzsatz für zu hoch

Frage: Eine alleinstehende Person, die auf Bürgergeld angewiesen ist, bekommt derzeit einen Regelsatz von 563 Euro. Bei Bedarfsgemeinschaften ist es je Partner etwas weniger. Wie beurteilen Sie die aktuelle Höhe des Bürgergelds?

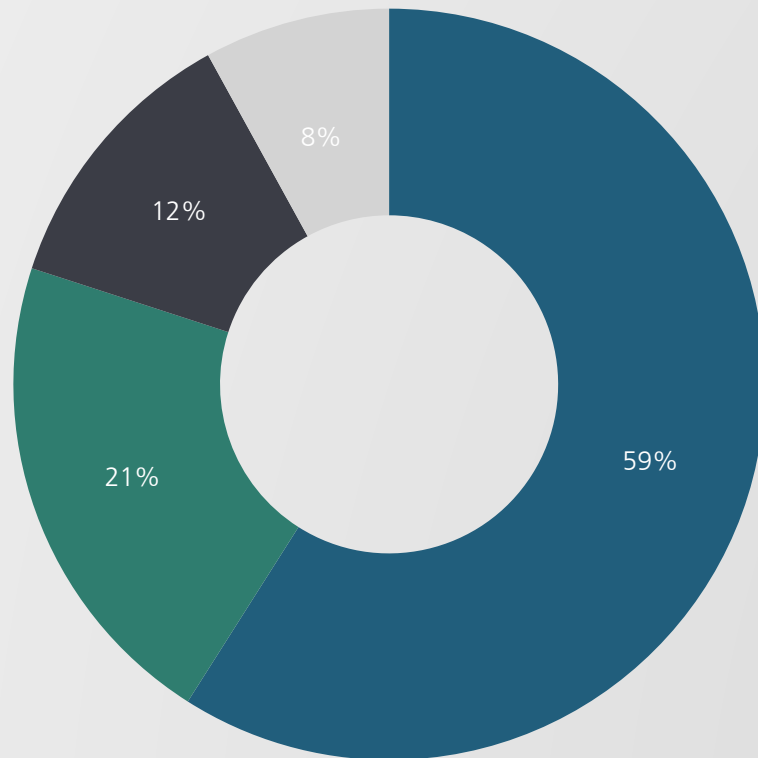


Die Mehrheit (55 %) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer bewertet die aktuelle Höhe des Bürgergeldes als zu hoch. Eine alleinstehende Person, die auf Bürgergeld angewiesen ist, bekommt derzeit einen Regelsatz von 563 Euro. Bei Bedarfsgemeinschaften ist es je Partner etwas weniger.

Gut ein Viertel (26 %) hält diesen hingegen für angemessen und jeder Zehnte (10 %) wiederum für zu niedrig.

# Langzeitvergleich: Vor einem Jahr wurde der niedrigere Regelsatz noch stärker kritisiert

Frage im November 2023: Am 1. Januar 2023 löste das einheitliche Bürgergeld die vorherigen Leistungen Hartz IV und Sozialhilfe ab. Es ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung für Menschen, die bedürftig sind, grundsätzlich arbeiten können, aber kein Arbeitslosengeld erhalten. Eine alleinstehende Person bekommt derzeit als Regelbedarf 502 Euro pro Monat, ein Paar in einer Bedarfsgemeinschaft 902 Euro. Wie beurteilen Sie die aktuelle Höhe des Bürgergelds?

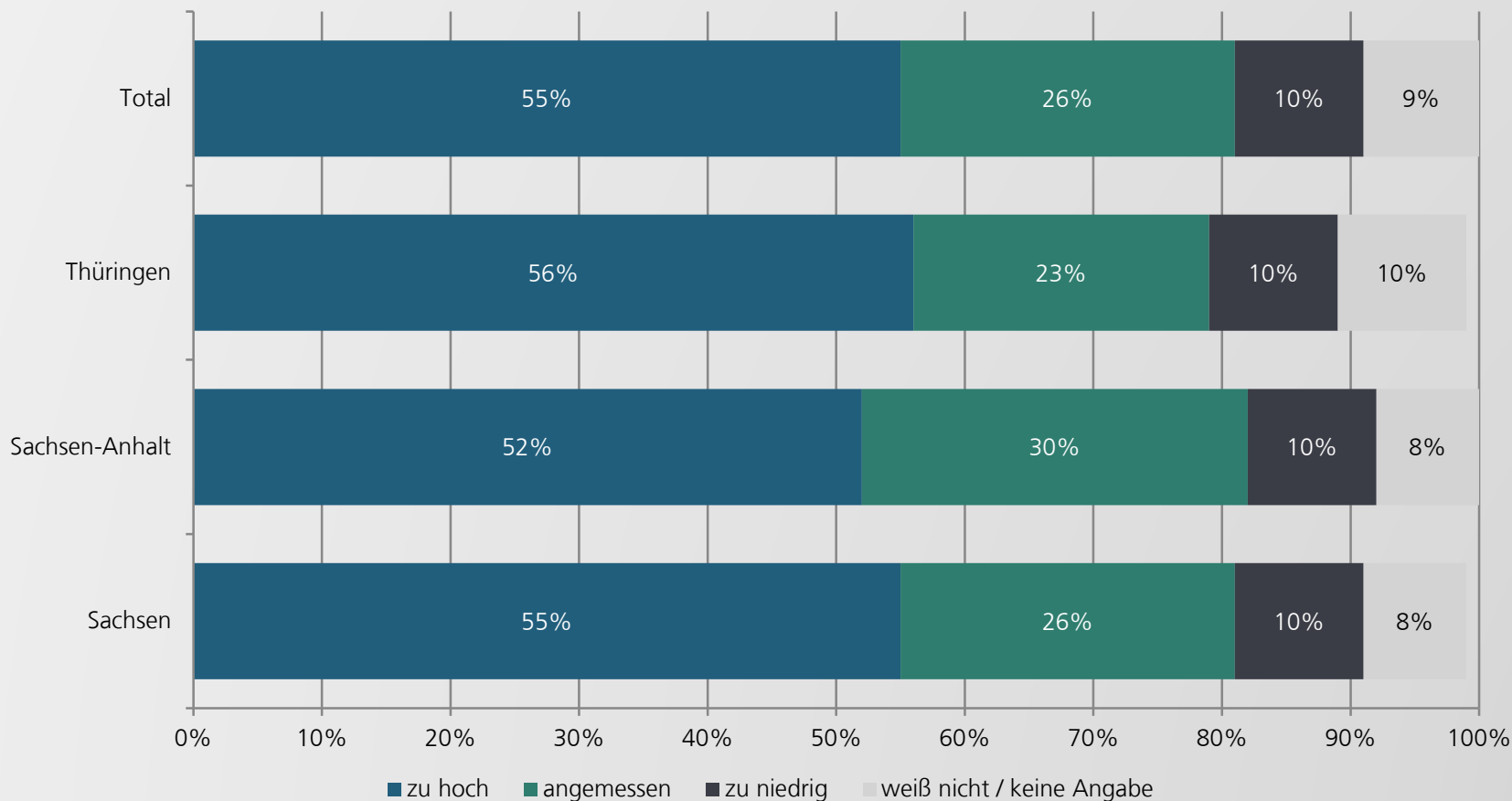


■ zu hoch ■ angemessen ■ zu niedrig ■ weiß nicht / keine Angabe

Noch vor einem Jahr, als der Regelsatz für eine alleinstehende Person 502 Euro pro Monat betrug, bewerteten noch mehr Befragte diesen als zu hoch (59 %).

# Bundeslandvergleich: In Sachsen-Anhalt wird die Höhe des Bürgergelds am ehesten als angemessen eingestuft

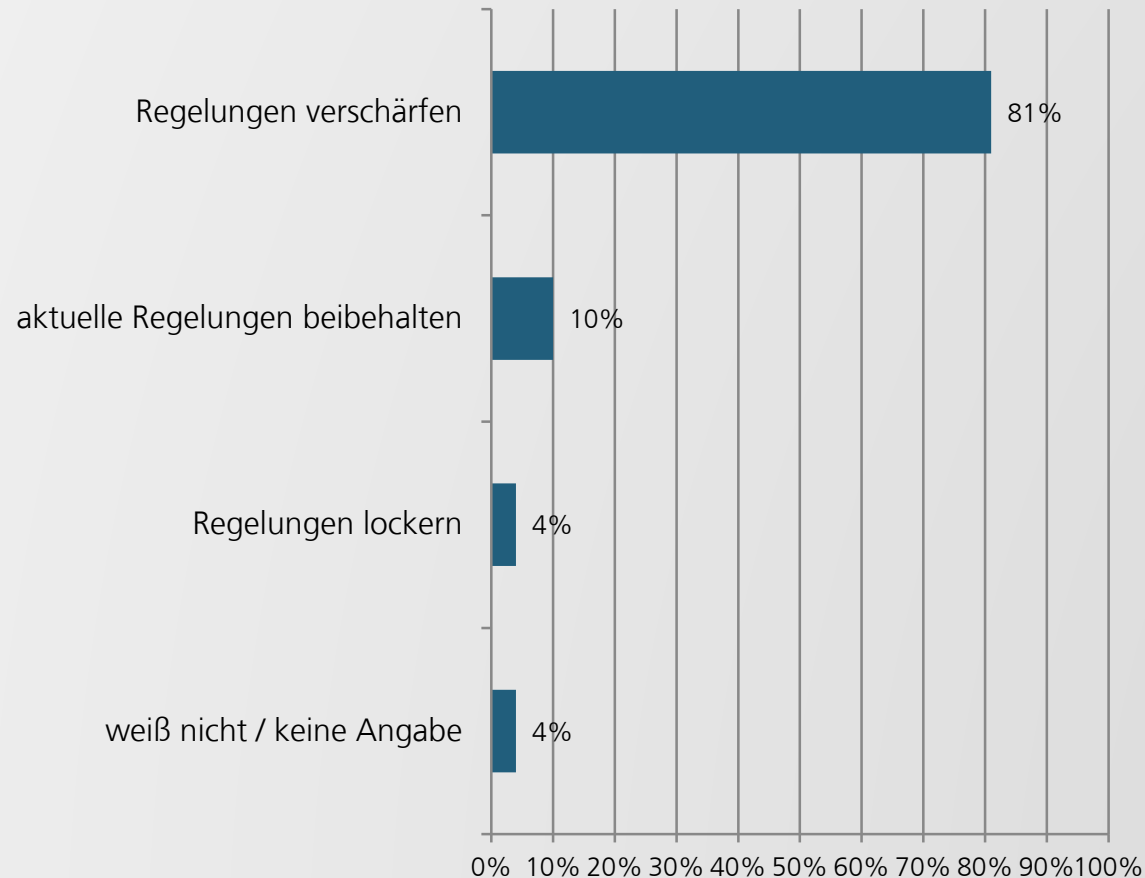
Frage: Eine alleinstehende Person, die auf Bürgergeld angewiesen ist, bekommt derzeit einen Regelsatz von 563 Euro. Bei Bedarfsgemeinschaften ist es je Partner etwas weniger. Wie beurteilen Sie die aktuelle Höhe des Bürgergelds?



In Sachsen-Anhalt ist der Anteil der Befragten, welche die aktuelle Höhe des Bürgergelds als angemessen einstufen, mit 30 % am größten.

## 8 von 10 würden Bürgergeld-Regelungen verschärfen

Frage: Nach dem Zerschlagen der rot-gelb-grünen Bundesregierung durch das Ausscheiden der FDP sind vorgezogene Bundestagswahlen vorgesehen. Geplant ist der 23. Februar. Eine neue Bundesregierung könnte auch das Bürgergeld als Grundsicherung auf den Prüfstand stellen. Wenn Sie entscheiden könnten: Wie würden sich die Regelungen dafür entwickeln, wer Bürgergeld bekommt, und wie sich die Sanktionen für abgelehnte Arbeitsangebote gestalten?

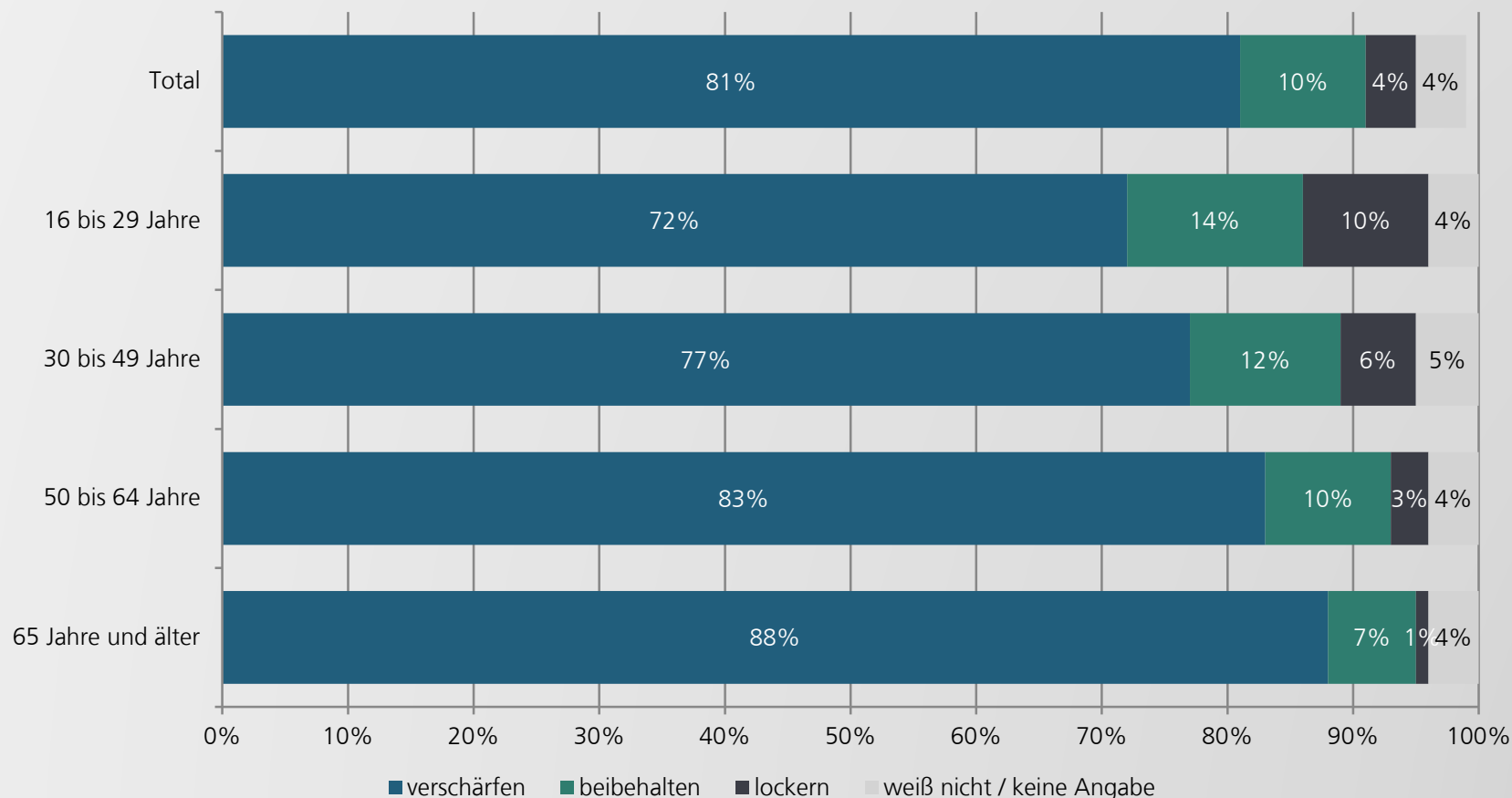


Nach dem Zerschlagen der rot-gelb-grünen Bundesregierung durch das Ausscheiden der FDP sind vorgezogene Bundestagswahlen vorgesehen. Geplant ist der 23. Februar. Eine neue Bundesregierung könnte auch das Bürgergeld als Grundsicherung auf den Prüfstand stellen.

Ginge es dabei nach dem Willen der Befragten, zeigt sich folgendes Meinungsbild: 81 % würden die Regelungen dafür, wer Bürgergeld erhält und die Sanktionen für abgelehnte Arbeitsangebote verschärfen. 10 % würden die aktuellen Regelungen beibehalten und 4 % würden diese lockern.

# Altersgruppenvergleich: Je älter die Befragten, umso eher würden sie die Bürgergeld-Regelungen verschärfen

Frage: Nach dem Zerschlagen der rot-gelb-grünen Bundesregierung durch das Ausscheiden der FDP sind vorgezogene Bundestagswahlen vorgesehen. Geplant ist der 23. Februar. Eine neue Bundesregierung könnte auch das Bürgergeld als Grundsicherung auf den Prüfstand stellen. Wenn Sie entscheiden könnten: Wie würden sich die Regelungen dafür entwickeln, wer Bürgergeld bekommt, und wie sich die Sanktionen für abgelehnte Arbeitsangebote gestalten?

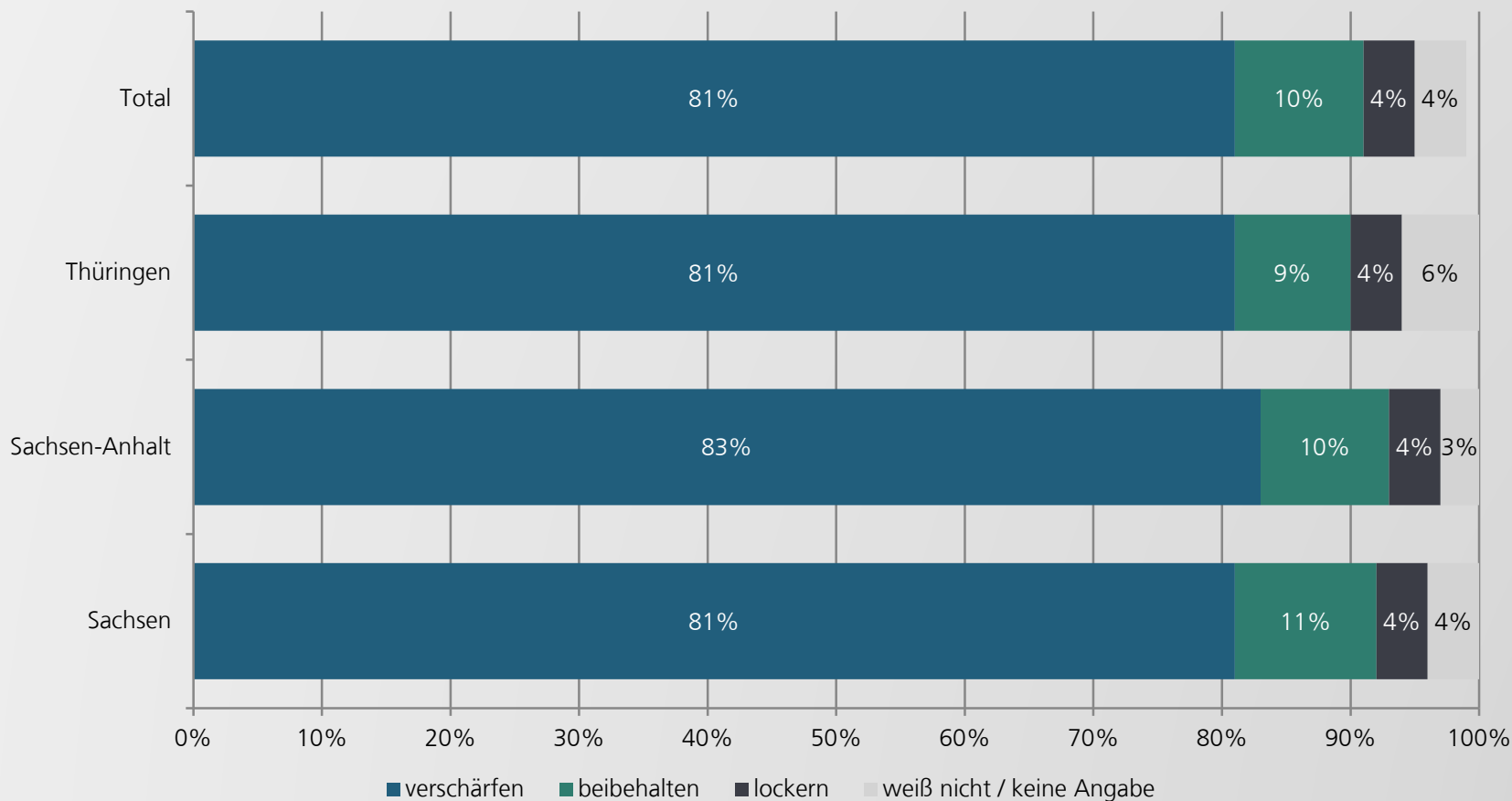


Je älter die Befragten sind, umso eher befürworten sie eine Verschärfung der Bürgergeld-Regelungen:

- Bei den Unter-30-Jährigen sind 72 % dafür.
- Dieser Anteil nimmt mit dem Alter der Befragten zu.
- Bei den Über-65-Jährigen befürworten 88 % eine Verschärfung.

# Bundeslandvergleich: Ähnliches Antwortverhalten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

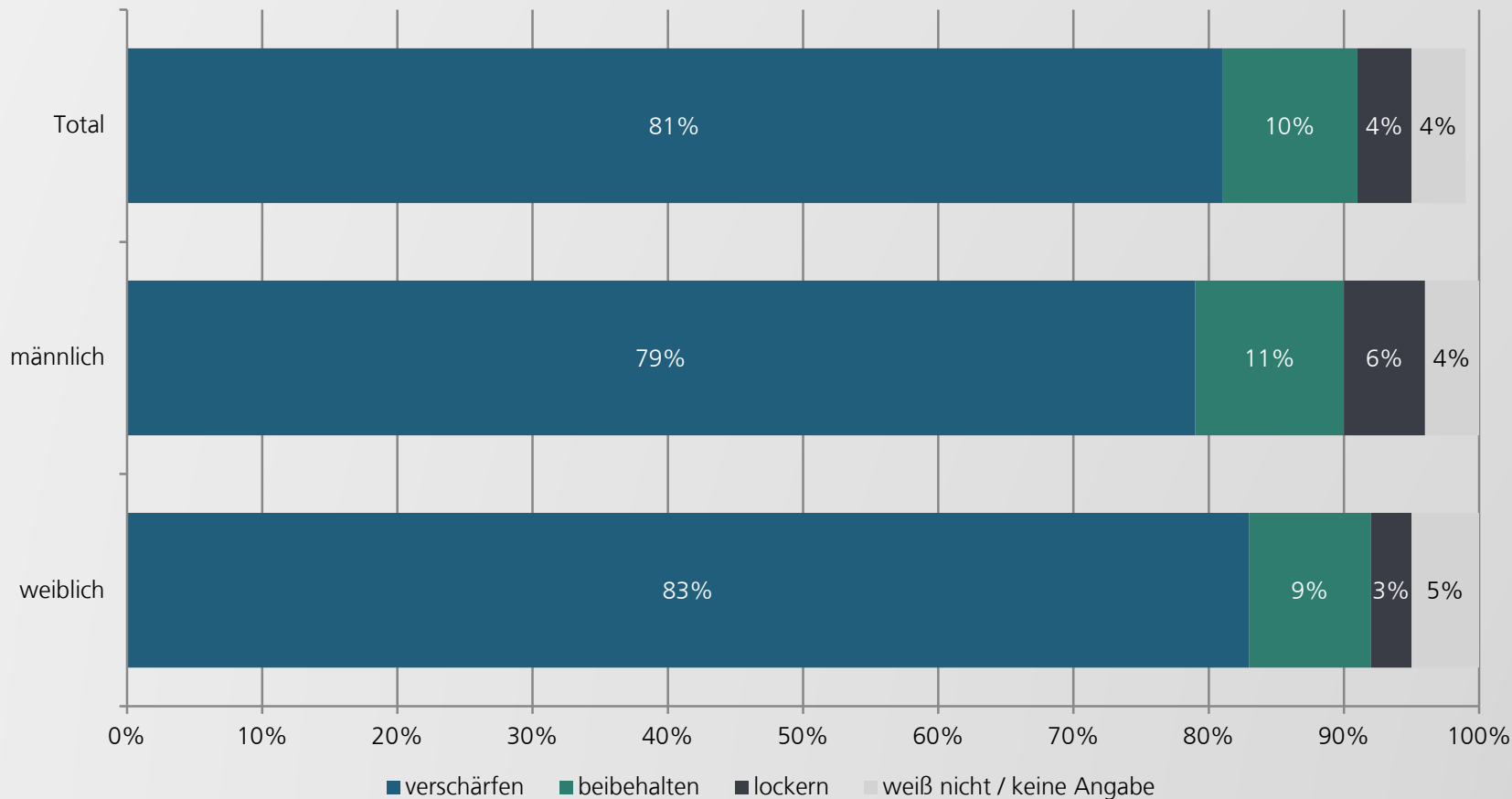
Frage: Nach dem Zerschlagen der rot-gelb-grünen Bundesregierung durch das Ausscheiden der FDP sind vorgezogene Bundestagswahlen vorgesehen. Geplant ist der 23. Februar. Eine neue Bundesregierung könnte auch das Bürgergeld als Grundsicherung auf den Prüfstand stellen. Wenn Sie entscheiden könnten: Wie würden sich die Regelungen dafür entwickeln, wer Bürgergeld bekommt, und wie sich die Sanktionen für abgelehnte Arbeitsangebote gestalten?



Die Befragten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen plädieren zu fast gleichen Anteilen für eine Verschärfung der Bürgergeld-Regelungen.

# Vergleich nach Geschlecht: Frauen befürworten die Verschärfung eher als Männer

Frage: Nach dem Zerschlagen der rot-gelb-grünen Bundesregierung durch das Ausscheiden der FDP sind vorgezogene Bundestagswahlen vorgesehen. Geplant ist der 23. Februar. Eine neue Bundesregierung könnte auch das Bürgergeld als Grundsicherung auf den Prüfstand stellen. Wenn Sie entscheiden könnten: Wie würden sich die Regelungen dafür entwickeln, wer Bürgergeld bekommt, und wie sich die Sanktionen für abgelehnte Arbeitsangebote gestalten?

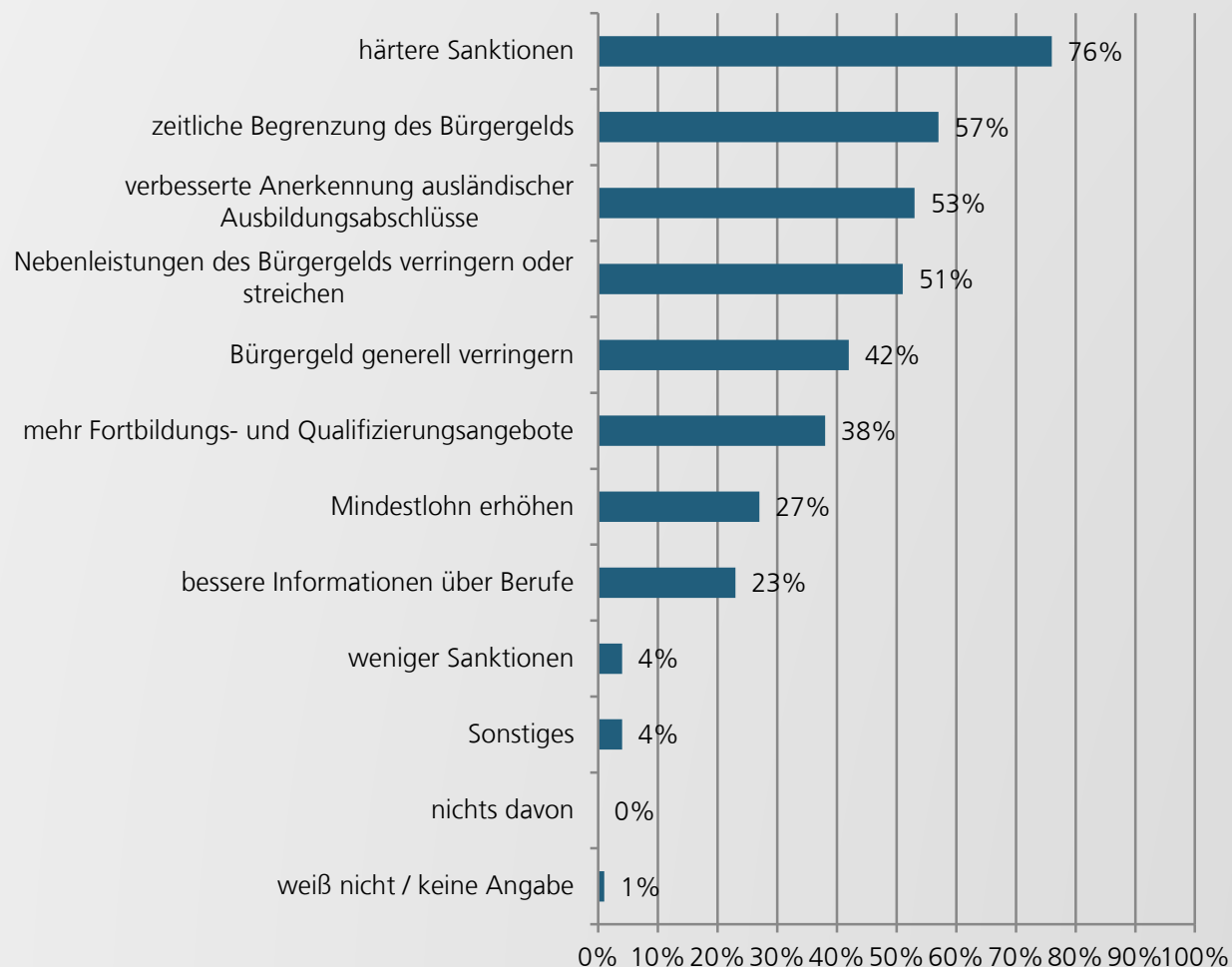


Die weiblichen Befragten sprechen sich etwas eher (83 %) für eine Verschärfung der Bürgergeld-Regelungen aus, als die männlichen Befragten (79 %).



# Arbeit statt Bürgergeld: Härtere Sanktionen und eine zeitliche Begrenzung werden am häufigsten gefordert

Frage: Unternehmen in Deutschland suchen dringend nach Arbeitskräften – nach Fachkräften ebenso wie nach Hilfskräften. Was sollte die Politik Ihrer Meinung nach tun, um mehr Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger in Arbeit zu bringen? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie zutreffend finden.

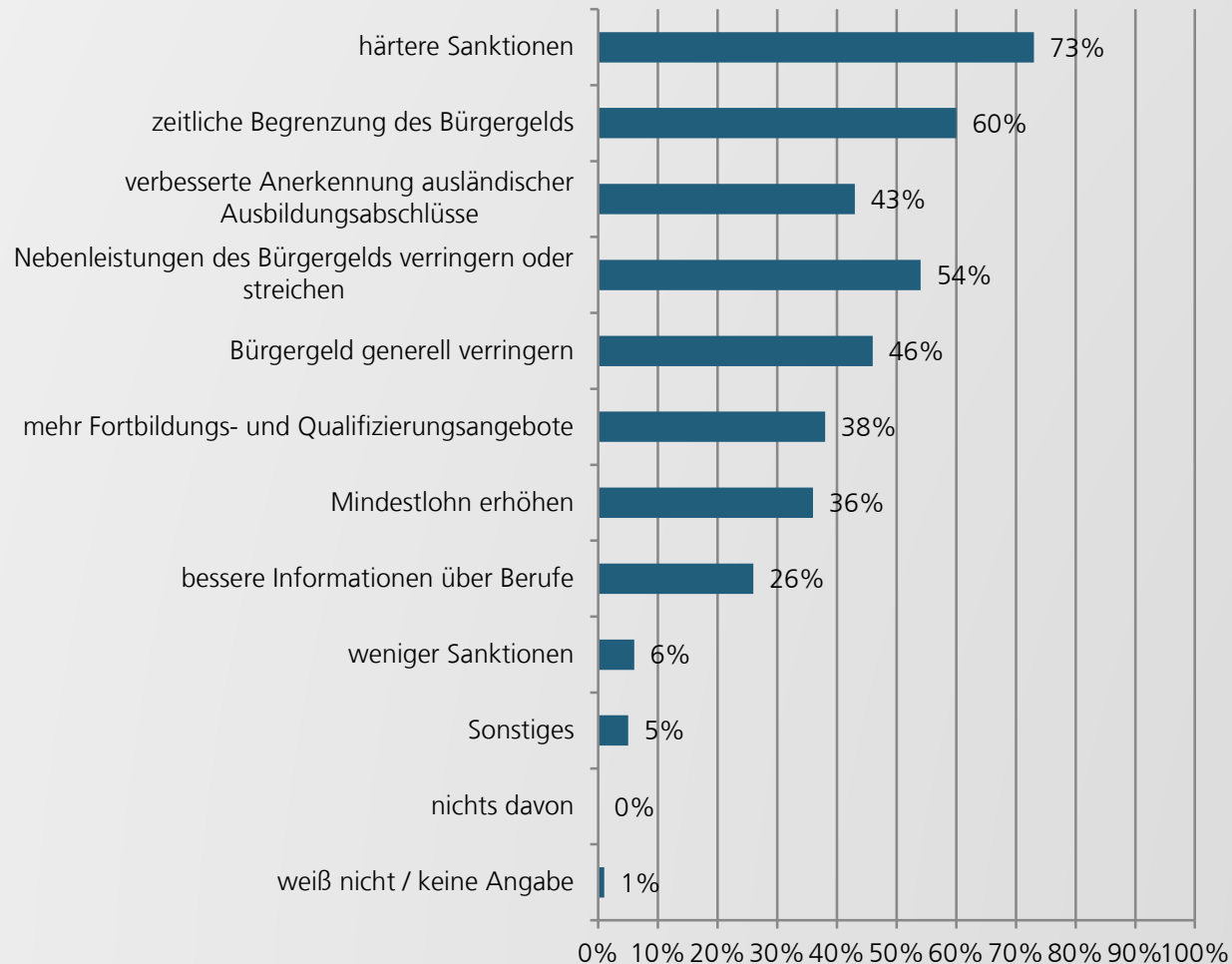


Wir wollten von den Befragten auch wissen, welche Maßnahmen die Politik ergreifen sollte, um mehr Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger in Arbeit zu bringen.

- Die Verschärfung von Sanktionen, beispielsweise bei Ablehnung eines zumutbaren Jobangebots, wird dabei am häufigsten (78 %) genannt.
- Die Mehrheit spricht sich zudem für eine zeitliche Begrenzung des Bürgergelds (57 %) sowie eine verbesserte Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse (53 %) aus und würde die Nebenleistungen des Bürgergelds verringern oder streichen (51 %)
- Die wenigsten sprechen sich hierbei für eine Erhöhung des Mindestlohns (27 %) sowie bessere Informationen über Berufe (27 %) und weniger Sanktionen (4 %) aus.

# Langzeitvergleich

Frage im November 2023: Unternehmen in Deutschland suchen dringend nach Arbeitskräften – nach Fachkräften ebenso wie nach Hilfskräften. Was sollte die Politik Ihrer Meinung nach tun, um mehr Bürgergeld-Empfängerinnen und -Empfänger in Arbeit zu bringen? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie zutreffend finden.



Wir haben auch diese Frage bereit vor einem Jahr (im November 2023) gestellt. Im Langzeitvergleich zeigt sich, dass fast alle Maßnahmen damals gleich stark gefordert wurden.

Es gibt jedoch eine Ausnahme: Die verbesserte Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse wurde in dieser Befragung von 53 % der Befragten deutlich häufiger genannt, als im letzten Jahr. Damals waren es mit 43 % deutlich weniger.

# Über die Befragung | “Wie weiter mit dem Bürgergeld?”

## Befragungszeitraum:

22.-26.11.2024

## Zahl der Teilnehmenden:

24.823 MDRfragt-Mitglieder  
aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

## Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen: 12.972 (52 Prozent)  
Sachsen-Anhalt: 5.950 (24 Prozent)  
Thüringen: 5.901 (24 Prozent)

## Verteilung nach Altersgruppen:

16-29 Jahre: 223  
30-49 Jahre: 3.187  
50-64 Jahre: 10.628  
65+ Jahre: 10.785

## Verteilung nach Geschlecht:

weiblich: 10.542 (42 Prozent)  
männlich: 14.213 (57 Prozent)  
divers: 68 (0,3 Prozent)



MDRfragt ist ein Dialogangebot des Mitteldeutschen Rundfunks. Am Meinungsbarometer soll sich jede und jeder beteiligen können, der mindestens 16 Jahre alt ist und im MDR-Sendegebiet wohnt. Dieser Ansatz einer möglichst breiten Beteiligung sorgt dafür, dass die Ergebnisse der Befragungen laut Definition nicht repräsentativ sind.

Gleichzeitig gilt: Die Stimmungsbilder von MDRfragt sind aussagekräftig und können Meinungstendenzen und Stimmungen im Sendegebiet aufzeigen. Dabei hilft auch, dass die Ergebnisse nach bewährten wissenschaftlichen Kriterien anhand verschiedener soziodemographischer Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildungsgrad gewichtet werden, um sie an die Verteilung in der mitteldeutschen Bevölkerung anzupassen. MDRfragt wird wissenschaftlich beraten und begleitet, beispielsweise durch regelmäßige Validitätstests. Mehr zur Methodik auf [www.mdrfragt.de](http://www.mdrfragt.de).

Angemeldete Mitglieder bei MDRfragt:  
66.994 (Stand: 26.11.2024)

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.